

Positionierung der Partei „DIE LINKE.“ zur Situation bei den von der Hansa GmbH betriebenen Pflegeheimen in Bremerhaven

Die 6. Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands Bremerhaven der Partei „DIE LINKE.“ am 30.01.2009 möge beschließen:

Wir solidarisieren uns mit den 250 Kolleginnen und Kollegen des Marie-von-Seggern-Heims und des Seniorenheims am Bürgerpark, deren Arbeitsplätze durch andauernde Lohnkürzungen und den enormen Arbeitsdruck durch die Geschäftsführung des Unternehmens akut gefährdet sind.

Gleichzeitig verurteilen wir die eklatanten Pflegemängel in den Pflegeheimen, die von der Nordsee-Zeitung vor kurzem öffentlich gemacht wurden und eine breite Diskussion über die Zustände in der Pflege ausgelöst haben. Wir schlussfolgern, dass diese katastrophale Situation die direkte Folge der Privatisierung der ehemals städtischen Seniorenheime im Jahre 2002 ist.

Zur kurzfristigen Problemlösung wird der Kreisvorstand aufgefordert umgehend Gespräche mit den Kolleginnen der Gewerkschaft ver.di zu führen, um zu beraten, wie die berechtigten Ansprüche der Kolleginnen und Kollegen auf Lohn und angemessene Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden können. Um die Pflegesituation für die Heimbewohner zu verbessern, muss die Hansa GmbH dazu gedrängt werden, den Stamm des qualifizierten Fachpersonals zu erhöhen, um eine weitere Überlastung der momentan Beschäftigten und die mangelnde Versorgung der Heimbewohner zu verhindern bzw. abzustellen.

Langfristig fordern wir die Re-Kommunalisierung des Marie-von-Seggern-Heims, des Seniorenheims am Bürgerpark, sowie des dort angegliederten Pflegezentrums und der zwei lokalen Altenpflegeschulen. Wir stellen fest, dass die Stadt Bremerhaven eine Mitverantwortung für die momentane Situation, durch die Privatisierung ihrer einstmals städtischen Seniorenheime im Jahre 2002, trägt. Wir sind der Ansicht, dass die Pflege von alten und kranken Menschen nicht in die Hände von profitorientierten Wirtschaftsunternehmen gehört. Daher sind die angesprochenen Einrichtungen umgehend wieder in kommunales Eigentum zu überführen. Dies ist zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der pflegebedürftigen Menschen erforderlich.

Der Kreisvorstand und unsere Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) werden daher dazu aufgefordert, umgehend, und unter Beteiligung der Mitgliedschaft, einen entsprechenden Antrag auszuarbeiten, der in der nächsten Sitzung der StVV am 12.02.2009 eingebracht werden soll. Um diesen Antrag publik zu machen und für breite Unterstützung in der Bevölkerung zu werben, ist eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu durchzuführen.

Begründung:

Am 17.12.2009 wurde erstmals durch die Nordsee-Zeitung (NZ) in der Öffentlichkeit bekannt gemacht unter welchen Bedingungen die Beschäftigten bei den angesprochenen Einrichtungen ihre Arbeit leisten. Berichtet wurde von Verstößen gegen tarifvertragliche Vereinbarungen, Verzicht auf Sonderzahlungen wegen einer angeblich drohenden

Insolvenz, Arbeitsüberlastung durch zu wenig Personal und Lohndruck durch den Einsatz von LeiharbeiterInnen. OB Schulz sieht keinen Einfluss der Stadt und die Privatisierung auch nicht als Fehler prüft bis heute lediglich juristische Schritte. Auch von Seiten der Gewerkschaft ver.di wird der Umstand angeprangert, aber unserer Kenntnis nach nicht entsprechend gehandelt. In Folge dieses Berichts wurde durch vielfache Berichterstattung in der NZ, das wahre Ausmaß der Privatisierungsfolgen deutlich. Eklantante und menschenunwürdige Pflegemängel kamen an das Tageslicht und wurden in der Öffentlichkeit scharf verurteilt. Die Hansa GmbH ist uneinsichtig und weist alle Vorwürfe pauschal von sich. Es wird deutlich, dass hier kein Wille vorhanden ist, sich den Problemen zu stellen und die Gefährdung von Menschen billigend in Kauf genommen wird. Die angestrebten Gutachten durch den MDK und die Heimaufsicht und die dann mögliche folgende Tadelung der Geschäftsführung wird nichts an den grundlegenden Verhältnissen in den Pflegeheimen ändern. Daher ist es unsere Aufgabe, als einzige Partei in der Stadtverordnetenversammlung die Privatisierungen ablehnt, dass wir in der öffentlichen Diskussion eine Alternative zum Status Quo anbieten und beweisen, dass die Politik sehr wohl Möglichkeiten besitzt einzugreifen um im Sinne der Mehrheit der Menschen zu handeln.

Bremerhaven, den 22.01.2009

Patrik Schulte
Ingo Rehmke
Thorben Mahlstedt